

Düstere Zukunft für Kohle?

Kiel - Trotz des Kommunalwahlkampfes ist es um das Gemeinschaftskraftwerk Kiel (GKK) ruhig geworden, nachdem ein Neubau-Beschluss um drei bis fünf Jahre verschoben worden war. Laut jüngstem Greenpeace-Report aber soll die CO₂-Abscheidung erst in gut 20 Jahren beherrschbar sein – wenn überhaupt.

Der gestern veröffentlichte Report trägt den Titel „Falsche Hoffnung“ und warnt, Abscheidung und Speicherung von CO₂ könne sich negativ auf den Schutz des Klimas auswirken. Das Kürzel CCS (Carbon Capture and Storage, Kohlendioxid-Abscheidung und -Lagerung) steht für die Hoffnung, in späteren Kohlekraftwerken stark klimaschädliches CO₂ abtrennen zu können und unterirdisch zu lagern. Energiekonzerne wie E.ON (wie die Stadtwerke Kiel zur Hälfte am GKK beteiligt) benutzen die noch nicht verfügbare CCS-Technik als Argument für den Bau von Steinkohlekraftwerken. Aktuell hieß es auch bei den Neubau-Projekten von SWS und Electrabel in Brunsbüttel, sei CCS kommerziell nutzbar, werde man nachrüsten. Aus dem Kohlekraftwerk in Kiel müssten jährlich vier Millionen Tonnen CO₂ abgeschieden werden. Das aber ist Musik einer ferneren Zukunft: „Die Verfügbarkeit von CCS auf Kraftwerksebene wird nicht vor 2030 erwartet“, heißt es im Bericht; außerdem fresse das Verfahren „zwischen zehn und 40 Prozent der im Kraftwerk erzeugten Energie.“ Effizienzgewinne in Kraftwerken würden so zunichte gemacht.

Auch die Sicherheit unterirdischer oder unterseeischer CO₂-Lager sieht der Report sehr kritisch: „Sichere und dauerhafte Lagerung kann nicht garantiert werden. Selbst geringe Leckage-Raten könnten jede Bemühung gegen den Klimawandel scheitern lassen.“ Zudem warnen die Autoren vor einer Verdoppelung der Kraftwerkskosten und einem Anstieg der Strompreise „um 21 bis 91 Prozent“. Tatsächlich gefährde CCS „Gesundheit, Ökosysteme und Klima“ unabschätzbar. Stadtwerke-Sprecher Wolfgang Podolske, der gerade erst den Aufsichtsratsbeschluss über den Aufschub einer endgültigen Entscheidung für ein Steinkohlekraftwerk verkündet hatte, wies gestern darauf hin, „die Stadtwerke haben die Entscheidung, den Neubaubeschluss hinauszuschieben, auf Grundlage zweier Gutachter getroffen.“ Hier sei die Rede von einer Zeitschiene bis etwa 2020 gewesen; dann könne CCS nicht nur im Projektmaßstab, sondern für Großkraftwerke zur Verfügung stehen. Die Stadtwerke fördern zwei CCS-Forschungsprojekte an der Uni Kiel mit je 100000 Euro. Zu den Kosten für CCS erklärte Podolske, das sei über CO₂-Emissionszertifikate bereits bedacht: Würde man je Tonne CO₂-Ausstoß etwa 30 Euro zahlen müssen, komme man beim projektierten Kieler Kohlekraftwerk auf 120 Millionen Euro im Jahr. Blase man das CO₂ nicht in die Atmosphäre, sondern scheide es ab, sei das Geld frei. Laut Greenpeace könnte man es ab 2030 in CCS stecken – frühestens.

Von Boris Geißler

Im Internet finden Sie diese Meldung unter der URL:

<http://www.kn-online.de/artikel/2353538>